

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 9. Sitzung

von Mittwoch, dem 7. September, bis Donnerstag, 8. September 2005,  
in Hamburg

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Olaf Schulze (SPD)

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>Mittwoch, 7. September 2005</b>	
<b>1. Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2003</b>	<b>4</b>
<b>2. Terminplanung</b>	<b>5</b>
<b>3. Bericht über den Haushaltsablauf im ersten Halbjahr 2005</b>	<b>6</b>
<b>4. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>7</b>
<b>5. Gespräch mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft, Herrn Ralf Niedmers</b>	<b>8</b>
<b>Donnerstag, 8. September 2005</b>	
<b>6. Gespräch mit dem Vorstand der HSH Nordbank</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung am Mittwoch, dem 7. September, um 18 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2003**

Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein  
Umdruck 16/78

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss, dem Landesrechnungshof Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2003 gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Terminplanung**

Der Ausschuss kommt überein, im Jahr 2006 grundsätzlich jeden Donnerstag um 10 Uhr zu tagen (außer in der sitzungsfreien Zeit und an Plenartagen; die erste Sitzung wird am 19. Januar 2006 sein). Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, Vorschläge für das Ziel einer Ausschussreise 2006 zu unterbreiten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht über den Haushaltsablauf im ersten Halbjahr 2005**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/173

Abg. Müller bittet das Finanzministerium um nähere Erläuterungen zu Punkt 3.1.5 der Vorlage - investive Zuwendungen/BAföG (s. Seite 4) -, VP Qualen zu Punkt 4 - Neuverschuldung/Kreditermächtigung (Seite 5). - St Dr. Wulff sagt zu, beide Fragen schriftlich zu beantworten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/172 - Barrierefreier Zugang zu Finanzämtern

Umdruck 16/174 - Jahresbericht Erlebniswald Trappenkamp

Umdruck 16/190 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen der Landesregierung zur Kenntnis.

Die Tischvorlage des Innenministeriums zur Einrichtung eines Maritimen Sicherheitszentrums in Cuxhaven (Umdruck 16/201), die in einer der nächsten Sitzungen beraten werden soll, nimmt der Ausschuss zum Anlass, an folgenden einstimmigen Beschluss des Finanzausschusses in der 121. Sitzung vom 4. Dezember 2003 zu erinnern:

„Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf, im Wege des Haushaltsführungserlasses sicherzustellen,

- vor dem Abschluss neuer Vereinbarungen des Landes an internationalen, bundesweiten oder länderübergreifenden Einrichtungen, Programmen und Abkommen hat die Landesregierung den Finanzausschuss des Landtages zu informieren,
- bei solchen neuen Vereinbarungen ist darauf zu achten, dass keine automatischen Kostensteigerungen vereinbart und angemessene Kündigungszeiten vorgesehen werden,
- bei bestehenden Mitfinanzierungen an internationalen, bundesweiten oder länderübergreifenden Einrichtungen, Programmen und Abkommen hat sich die Landesregierung dafür einzusetzen, entsprechende Regelungen zu vereinbaren, damit die Ausgaben des Landes für diese Mitfinanzierungen nicht höher ansteigen als der prozentuale Anstieg des Landeshaushaltes insgesamt.“

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Gespräch mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft, Herrn Ralf Niedmers**

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Herrn Niedmers stehen Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg (Dataport, Statistisches Amt, Eichamt). Die Gesprächsteilnehmer beschließen, dass der Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft und der Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages einmal im Jahr gemeinsam tagen und sich auf der Grundlage einer Berichterstattung der Exekutive mit Projekten der Zusammenarbeit zwischen beiden Bundesländern befassen. Beim ersten Treffen im Februar 2006 in Kiel wollen sich die Ausschüsse außerdem über Erfahrungen mit Public-Private-Partnership-Projekten austauschen und sich mit gemeinsamen Auslandsvertretungen in der EU und Ostseeregion beschäftigen.

P Dr. Altmann teilt mit, die Rechnungshöfe aller norddeutschen Bundesländer würden bis zum Herbst eine Bestandsaufnahme der laufenden, beabsichtigten und vorstellbaren norddeutschen Zusammenarbeit erstellen. Ziel sei es, beispielsweise die Zusammenarbeit im Rundfunkwesen und Hochschulbereich deutlich auszubauen.

St Dr. Wulff unterstreicht die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg, sofern sie zu einer Entlastung des Haushalts, Vereinfachung der Verfahrensabläufe und Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger führe. Er kündigt an, die Zusammenarbeit mit Hamburg demnächst thematisch zu unterlegen.

Herr Niedmers erklärt, er werde beim Senat der Hansestadt Hamburg eine Liste der beabsichtigten Kooperationsvorhaben anfordern.

Abg. Astrup macht auf unterschiedliche Interessenlagen beider Bundesländer auf bestimmten Gebieten aufmerksam, die für eine Zusammenarbeit nicht geeignet seien.

Abg. Harms thematisiert die Zusammenarbeit auf den Gebieten Tourismus und Hafengewirtschaft.



Herr Niedmers hebt die besondere Bedeutung des Hamburger Hafens, der in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt worden sei, für die Metropolregion sowie die Notwendigkeit der Elbvertiefung hervor.

(Sitzungsunterbrechung von Mittwoch, 7. September 2005, 20 Uhr,  
bis Donnerstag, 8. September 2005, 10 Uhr)

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Gespräch mit dem Vorstand der HSH Nordbank**

Herr Stuhlmann, Vorstandsvorsitzender der HSH Nordbank, und Herr Berger, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, stellen sich und die Arbeit der HSH Nordbank vor (s. Geschäftsbericht 2004). Seit dem Wegfall der Staatshaftung im Juli dieses Jahres müssten sich die öffentlichen Banken im verschärften Wettbewerb behaupten. Die aus der Fusion der beiden ehemaligen Landesbanken hervorgegangene HSH Nordbank habe sich mit einem tragfähigen Geschäftsmodell positioniert, sei der größte Schiffsfinanzierer der Welt und gehöre zu den innovativen Kapitalmarktbanken in Deutschland. Entscheidend sei die Verankerung in der Region; die HSH Nordbank verstehe sich als norddeutsche Mittelstandsbank in Ergänzung zu den Sparkassen, mit denen man Verbundvereinbarungen abgeschlossen habe. Das Firmenkundengeschäft umfasse im Ostseeraum ein Volumen von 3,8 Milliarden €, in Hamburg 4 Milliarden € und in Schleswig-Holstein 3,4 Milliarden €. Um die von den Rating-Agenturen erwartete Eigenkapitalrentabilität von mindestens 15 % zu erreichen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern, müsse man als umfassender Produkt- und Dienstleistungsanbieter auftreten und in Kerngeschäftsfeldern auch international agieren. Der Konzern beschäftige insgesamt 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in Hamburg seien 1.500 Arbeitsplätze angesiedelt, in Kiel 1.400 Arbeitsplätze.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erläutern die beiden Vorstandsvorsitzenden, der Standort Luxemburg konzentriere sich auf das Portfoliomanagement und Investmentgeschäft. Der Konzentrationsprozess der schleswig-holsteinischen Sparkassen werde sich fortsetzen und vielleicht einmal bei zehn Sparkassen im Lande enden. Wichtig sei dabei, dass das Wesensmerkmal, die dezentrale Struktur und Entscheidungskompetenz vor Ort, erhalten bleibe. Es bestehe keine Notwendigkeit, über die Verbundvereinbarungen mit den Sparkassen hinaus über weitergehende Lösungen nachzudenken. Die Hamburger Sparkasse empfinde man nicht als „Bedrohung“. Eine wirtschaftliche Erholung sei in Deutschland insbesondere dann möglich, wenn die Rahmenbedingungen verbessert und insbesondere der Arbeitsmarkt flexibilisiert würden.

Des Weiteren stellen die Vorstandsmitglieder klar, das Projekt Personalmaßnahmen sei ein Umbauprogramm und kein Personalabbauprogramm. Der Personalbestand von 4.500 Beschäftigten im Gesamtkonzern bleibe im Gegensatz zu anderen Banken konstant. Von der Stärkung der Dienstleistungskompetenz seien 500 Arbeitsplätze betroffen: Während die eine Hälfte der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter qualifiziert oder für andere Tätigkei-

ten innerhalb der Bank eingesetzt werde, müssten für die andere Hälfte, die man nicht mehr benötige, individuelle Lösungen gefunden werden. Gleichzeitig werde man Einstellungen entsprechender Spezialisten vornehmen. Beim gegenwärtig boomenden Schiffsbaumarkt erwarte man ab 2006 eine gewisse Abflachung.

Abschließend macht der Vorstand der Bank noch einmal deutlich, dass die gegenwärtige Situation der HSH Nordbank gegen eine Fusion mit anderen Landesbanken spreche.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Finanzausschusses bei den Gastgebern und bekräftigt das Interesse des Landes an der HSH Nordbank und einer Fortsetzung ihrer positiven Geschäftsentwicklung.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 14:00 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer